



über die 3. Sitzung
des Familien- und Sozialausschusses
am Dienstag, dem 29. November 2005
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Dreher
Herr Gercek
Frau Hartig
Frau Jung
Frau Mann
Frau Müller

Ratsmitglieder CDU

Frau Borowiak
Frau Middendorf
Herr Plümpe
Herr Weber

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Frau Dönecke
Herr Pincus
Herr Puls
Herr Schlaweck

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Frau Cramer
Herr Tuxhorn

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Werning

Beratendes Mitglied FDP

Frau Oertel

Beratendes Mitglied BG

Herr Kloß

Verwaltung

Herr Brüggemann
Frau König
Herr Steffen
Herr Völkel

Gäste

Herr Thielmann, Werkstatt im Kreis Unna

entschuldigt fehlten

Frau Bartosch

Herr Eisenhardt

Frau Freundl

Herr **Weber** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Familien- und Sozialausschusses und begrüßte die Anwesenden. Insbesondere begrüßte er Herrn Thielmann von der Werkstatt im Kreis Unna als Referenten.

Änderungen der Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Bericht der Verwaltung über die Entwicklungen im SGB II - Hartz IV -	
2.	Zwischenbericht der Werkstatt im Kreis Unna zur Umsetzung der gemeinnützigen Zusatzjobs Referent: Herr Thielmann	
3.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Bericht der Verwaltung über die Entwicklungen im SGB II - Hartz IV -

Herr **Steffen** stellte dem Ausschuss anhand der beigefügten Folien die Entwicklung im Bereich des SGB II – Hartz IV vor.

Insbesondere wies er darauf hin, dass entgegen der geplanten Fallzahl im Kreis Unna von ca. 15.000 Fällen mit KdU-Anteil derzeit ein Ist-Bestand von 18.000 Fällen vorhanden ist.

Im Bereich der Stadt Kamen ist mit einem Gesamtfallbestand von 1.823 Fällen geplant worden, der derzeitige Ist-Bestand beträgt 2.118 Fälle im September 2005.

Im Vergleich hierzu ist die Kostenentwicklung im Bereich der Kosten der Unterkunft jedoch nicht im selben Verhältnis angestiegen, da die tatsächlichen Kosten der Unterkunft pro Fall im Vergleich zu den geplanten Kosten je Fall geringer ausgefallen sind.

Dies hat seine Ursache in der Falltrennung bei volljährigen Kindern in einer Familie. Hier ist dann jeweils nur ein kopfteiliger Mietanteil zu berücksichtigen, der nicht so hoch ausfällt, wie die kalkulierte Miete für eine Einzelperson in der eigenen Wohnung.

Herr Steffen führte aus, dass die Finanzierung der Unterkunftskosten in Höhe von ca. 70 Millionen € durch die Kreisumlage und einen derzeit 29,1 %igen Kostenanteil des Bundes erfolgt. Hier steht die Gefahr, dass sich der Bund aus diesem Kostenanteil zurückziehen will.

Herr **Brüggemann** berichtete, dass der Städte- und Gemeindebund und die kommunalen Vertreter verhindern wollen, dass von der zugesagten Kostenbeteiligung von 29,1 % an den Kosten der Unterkunft abgerückt wird.

Es ist eventuell mit der Erhöhung der Kreisumlage aufgrund der durch die Energiepreiserhöhung entstehenden Kostensteigerung im Bereich der KdU-Kosten auf ca. 6 Millionen Euro monatlich zu rechnen.

Der Kreistag wird Überlegungen anstellen müssen, wie diese Kostensteigerung auf die Kommunen umgelegt werden.

In seinem Bericht über die tägliche Arbeit im Fachbereich Unterstützungsleistungen wies Herr **Steffen** darauf hin, dass die Zahl der eingelegten Widersprüche inzwischen stark rückläufig ist, was insbesondere auch daraus resultiert, dass inzwischen Rechtsprechungen zu einigen Punkten vorliegen und hierdurch Streitpunkte beseitigt worden sind. Beispielhaft benannte Herr Steffen hier die Anrechnung der Eigenheimzulage bzw. Steuererstattungen.

Bezüglich der eingesetzten BA-Software machte Herr **Brüggemann** mit Blick auf die Sozialraumkonferenz noch einmal deutlich, dass hieraus immer noch keine Zahlen, Fakten und Daten geliefert werden können.

Frau **Müller** bat um Aufklärung bezüglich der in der Presse verbreiteten Hinweise auf falsche Berechnungen durch das Programm.

Herr **Steffen** erläuterte, dass das Programm grundsätzlich richtig rechnet, die Bescheide jedoch für den Betroffenen oft nicht nachvollziehbar sind und daher oft der Erläuterung bedürfen.

Frau **Hartig** schlug vor, eine andere Software einzusetzen bzw. die eingesetzte Software zu überarbeiten.

Herr **Steffen** machte deutlich, dass es zurzeit eine vertragliche Bindung an das eingesetzte Programm gebe, hier aber durch die ARGE bereits andere Programme geprüft würden. So wurden schon Informationsveranstaltungen bei der Firma Prosoz und der Firma Lämmerzahl besucht, um die dort angebotene Software zu begutachten.

Zu TOP 2.

Zwischenbericht der Werkstatt im Kreis Unna zur Umsetzung der gemeinnützigen Zusatzjobs
Referent: Herr Thielmann

Herr **Thielmann** erläuterte, dass in der Zeit von Oktober 2004 – September 2005 115 Personen auf 53 Stellen beschäftigt waren. Die Zusammensetzungsstruktur dieser Stellen erläuterte er anhand der beigefügten Folien.

Bisher wurden diese Arbeitsgelegenheiten im Rahmen der Freiwilligkeit durchgeführt, wodurch eine minimale Fehlquote und eine hohe Motivation der Beschäftigten zu verzeichnen ist. Oft reicht die Qualifikation der eingesetzten Personen nur für Einfacharbeitsplätze und bei ca. 90 % der Personen wird pädagogische Unterstützung benötigt. Die Hoffnung der teilnehmenden Personen auf Anschlussperspektiven kann leider oft nicht erfüllt werden.

Zu den Integrationsergebnissen führte Herr Thielmann an, dass von den 70 bisher ausgeschiedenen Personen 9 in den 1. Arbeitsmarkt und 12 in den 2. Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten.

Diese Vermittlungszahlen sollen jetzt verdoppelt werden, da die ARGE Kreis Unna aktuell Qualifizierungsmaßnahmen aufgelegt hat und diese den Jugendlichen angeboten werden, die sich in Arbeitsgelegenheiten bewährt haben.

Hervorzuheben ist, dass die Kooperation mit den jeweiligen Einsatzstellen und die Anwesenheitsquote bisher sehr positiv ist. Die weitere Entwicklung bleibt – insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Arbeitsgelegenheiten jetzt auch als Prüfung der Vermittelbarkeit eingesetzt werden – abzuwarten. Es ist jedoch davon auszugehen, dass hier ein negativer Trend einsetzen wird.

Die Akzeptanz von Arbeitsgelegenheiten ist im Bereich der Jugendlichen nicht so gut wie im Bereich der ‚Erwachsenen‘. Hier zeigt sich, dass 1-€-Jobs eigentlich keine Lösung für den Personenkreis der Jugendlichen darstellt.

Herr **Plümpe** fragte nach der inhaltlichen Richtigkeit eines Berichtes von Antenne Unna, in dem eine Gebäudereinigungsfirma angab, einen Auftrag verloren zu haben, da die Werkstatt Unna diesen mit gemeinnützigen Kräften durchgeführt habe.

Herr **Thielmann** erläuterte hierauf, dass eine derartige Wettbewerbsverdrängung nicht möglich sei. Die Durchführung derartiger Maßnahmen würden einer nachhaltigen Prüfung und Bewilligung durch den Beirat im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit unterzogen und fänden außerhalb des allgemeinen Wettbewerbs statt.

Frau **Müller** führte aus, dass im Bereich der Jugendlichen das Durchhalten von Arbeitsgelegenheiten ein Problem darstelle, da die Jugendlichen in den Arbeitsgelegenheiten keine Perspektive sehen. Bei erwachsenen Maßnahmeteilnehmern besteht im Gegensatz dazu schon eine gewisse Zufriedenheit, überhaupt wieder eine Beschäftigung zu haben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, die Jugendlichen in Empfang zu nehmen, da sie oft nicht mehr wissen, wohin ihre Zukunft gehen soll bzw. kann.

Herr **Thielmann** bekräftigte dies und führte aus, dass es Informationsveranstaltungen für Jugendliche gibt, Erstgespräche geführt werden und dann geprüft wird, ob ein Angebot gemacht werden sollte. Hier ist die Unterstützung der Jugendlichen wichtiger als die Sanktionierung.

Herr **Kloß** merkte an, dass die Maßnahmen zeitlich zu kurz gefasst sind und dies daher aus seiner Sicht keinen Sinn macht.

Herr **Thielmann** machte deutlich, dass seiner Ansicht nach die Arbeitsgelegenheiten für Jugendliche nicht das richtige Instrument sei. Hier sind eher berufsvorbereitende Maßnahmen mit einem Abschluss – z.B. Erreichen eines Schulabschlusses – sinnvoll.

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich nicht.

gez. Weber
Vorsitzender

gez. Steffen
Schriftführer